

Kedung Ombo: Flecken auf der Weste

Weiterhin mehrere Tausend Menschen in kritischem Zustand - Regierung zieht gespendete Boote ein - Innenminister zitiert NGO-Aktivisten

Zu den Dingen, die Präsident *Suharto* und seine Minister in den letzten 15 Jahren meisterhaft beherrscht haben, gehört die Wahrung des internationalen Ansehens. Trotz der Mordtaten von 1965/66, trotz des Völkermords in Osttimor, trotz mysteriöser Morde u.a.m kann der Präsident alle paar Jahre aus den Händen renommierter Organisationen "Preise" für seine erfolgreiche Politik entgegennehmen. 1985 fuhr er nach Rom, wo die *FAO* das indonesische "Reiswunder" honorierte; am 8. Juni dieses Jahres überreichte *Suharto* kein Geringeres als UN-Generalsekretär *Javier Perez de Cuellar* einen Scheck über 12.500 US\$ für seine Verdienste in der nationalen Familienplanung. Angesichts der Auswüchse indonesischer Bevölkerungspolitik, mit der Familien - z.B. in Osttimor - nicht nur zur Geburtenregelung gezwungen, sondern auch regionale Bevölkerungsverschiebungen vollzogen werden, erscheint dies wie blanker Hohn.

Da die international zur Schau gestellte Weste weiß gehalten werden soll, reagiert man in Jakarta auf "Nestbeschmutzer" äußerst empfindlich. Unlängst bekamen dies 22 indonesische NGOler zu spüren, die am 12. August ins Innenministerium zitiert wurden. Dort warf ihnen Hausherr *Rudini* unpatriotisches Verhalten im Ausland vor. Von Nutzen, so der Innenminister, seien NGO-Aktivitäten auf lokaler Ebene, z.B. im Umweltschutz; politische Aussagen könnten jedoch nur Verwirrung stiften.

Anlaß zu diesem Treffen, an dem so prominente NGO-Vertreter, wie Muslimführer *Abdurrahman Wahid* und *Abdul Hakim* von *LBH* gehörten, hatte einmal mehr die Lage im Staudammgebiet von Kedung Ombo gegeben. Auf der 5. Konferenz des Internationalen NGO-Fo- rums zu Indonesien (*INGI*), die vom 24.-26. April im belgischen Nieuwpoort stattfand, brachten die Teilnehmer in einem "Aide

Memoire" ihre Beunruhigung über große, vom Ausland finanzierte Entwicklungsprojekte zum Ausdruck. Der von der *Weltbank* und Japan geförderte Staudamm vom Kedung Ombo, so die Konferenzteilnehmer, sei ein Beispiel für Menschenrechtsverletzungen und für die Notwendigkeit einer Beteiligung der Bevölkerung an solchen Projekten - auch in organisierter Form.

Am 5. Juli befahl *Suharto* in einer Kabinettsitzung, Schritte gegen die NGOs, die den Interessen Indonesiens im Ausland sichtlich zuwider gehandelt hätten, einzuleiten. Des Generals Minister parierten jedoch erst einen Monat später, als der Chef das Thema erneut auf den Tisch brachte.

Tote in Kedung Ombo Während das Treffen bei *Rudini* in freundlicher Atmosphäre stattgefunden haben soll, ist man in Kedung Ombo selbst, wo immer noch Tausende von Menschen im Überschwemmungsgebiet (über)leben müssen, weniger freundlich gestimmt. Für die nationale Presse ist das Thema weitgehend erledigt, nachdem im Frühjahr großartig Ersatzland angekündigt worden war. Die Spaltungspolitik hat bei den Betroffenen funktioniert. Nur die 600 Familien, die sich bisher geweigert hatten, die Entschädigung anzunehmen - also die "radikalsten" - "dürfen" in das versprochene Gebiet nahe des Damms ziehen. Das Nachsehen haben ausgerechnet diejenigen, die ihre Gelder in Empfang genommen, das Land aber nicht verlassen haben. Diese hätten nichts mehr zu erwarten, heißt es von Regierungsseite. Den Familien blieb jedoch keine Alternative zu ihren provisorischen Unterkünften am Wasser: Die Entschädigungsgelder waren zu gering, um dafür geeignetes Ersatzland zu kaufen.

Manche von ihnen leben auf "Inseln", manche sind von wichtigen Infrastruktureinrichtungen, wie Schulen oder Märkten, abgeschnitten. Ihre Felder stehen unter Wasser, und die Versorgung mit Nahrungsmitteln gestaltet sich immer schwieriger. Zusätzlich aufgerieben werden sie dort, wo 4-5 Familien unter einem Dach hausen müssen, durch Konflikte untereinander.



Die gestifteten Boote müssen den Behörden übergeben werden.

Die Boote, die von der Bevölkerung außerhalb des Dammbereiches, u.a. vom Jesuitenpater *Mangunwijaya* gestiftet wurden, zogen die lokalen Behörden wieder ein, da sie nicht "ordnungsgemäß" übergeben worden waren. Laut *TAPOL* sieht ein lokaler Militär sein Transportmonopol auf dem Stausee durch die gestifteten Kähne gefährdet!

Inzwischen - und dies war auch der örtlichen Presse wieder einen Bericht wert - hat das künstliche Hochwasser auch mehrere Todesopfer gefordert. Auf dem Weg von einer Hochzeitsfeier nach Hause ertranken in der Nacht zum 2. August 5 Menschen. Ihr kleines, mit 8 Menschen völlig überladenes Boot war gekentert. Im Frühjahr waren bereits drei Menschen beim Häusertransport bzw. im Wasser umgekommen. Den Vorfall im August bezeichnete die Polizei als "normalen Unfall", ein Grund, keine besonderen Nachforschungen anzustellen.

Die Weltbank, als Hauptfinanzier des Projekts, verzichtet weiterhin darauf, ihren Einfluß geltend zu machen. Es sieht nicht so aus, als wolle sie Schritte unternehmen, den Familien zu geeignetem Ersatzland zu verhelfen. Stattdessen propagiert sie in einer breit angelegten Kampagne eine von den Bewohnern von Kedung Ombo bisher ungeliebte Alternative: die Transmigration nach Sumatra.

Auf die Position der Weltbank zieht sich auch die Bundesregierung zurück, die als wichtiges Weltbank-Mitglied durch eine Kleine Anfrage der *GRÜNEN* zu einer Stellungnahme gezwungen wurde. Die Weltbank schätze die in den Transmigrationsgebieten angebotenen Ländereien als sehr attraktiv ein, lautete im Juli die Antwort aus dem *Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit*. Zusammengenommen mit den von der indonesischen Regierung zusätzlich gegebenen Anreizen dürfte die Mehrzahl der Familien, die eine Umsiedlung akzeptiere, ihre Einkommenssituation verbessern. Ein Einwirken ihrerseits erachtet die Bundesregierung nicht für notwendig, "da die Probleme der von der Umsiedlung betroffenen Menschen nach hier vorliegenden Informationen nun im wesentlichen gelöst sind bzw eine Lösung unmittelbar bevorsteht."

Weiterhin ist der Zustand für tausende von Menschen in Kedung Ombo kritisch. Ihre Helfer werden kontrolliert und behindert, ihre internationalen Fürsprecher öffentlich zur Raison gebracht. In Regierungskreisen im In- und Ausland weiß man nichts von einem Problem. Bis zur Regenzeit ist es nicht mehr lange. Dann wird das Wasser weiter steigen ...

-bima -

**Außenpolitische Aktivitäten:
Ende von (Block-)Konfrontationen?**

Die bilateralen Beziehungen Indonesiens zur VR China und zu Australien verbessern sich zusehends (wir berichteten in der vorigen Ausgabe). Ende Juli trafen die Außenminister *Ali Alatas* und *Qian Qichen* in Paris im Rahmen der Kambodscha-Konferenz zusammen; im September wird bei den Vereinten Nationen ein nächstes Treffen stattfinden, das den Weg in Richtung normaler diplomatischer Beziehungen weiter ebnen soll. Während des ASEAN-Gipfels vom 2.-3. August in Brunei versicherte Präsident *Suharto* dem singapurischen Ministerpräsidenten *Lee Kuan Yew*, daß Indonesien die Normalisierung weiter betreiben werde. Singapur will erst nach einem Sotschafteraustausch zwischen Indonesien und der Volksrepublik seinerseits auf die chinesische Führung mit dem Ziel einer diplomatischen Normalisierung zugehen. Eine völlig andere Seite indonesisch-chinesischer Beziehungen haben die Militärstrategen Indonesiens nach dem Tiananmen-Massaker und den nachfolgenden Säuberungen entdeckt. Zwar bestreiten sie jede Parallele zwischen den in beiden Ländern lautgewordenen Demokratisierungsforderungen, ziehen jedoch aus der Nie-

derschlagung des chinesischen "Aufbruchs" Konsequenzen für das Vorgehen des indonesischen Militärs: es müsse die politische Situation jederzeit in festem Griff haben und ggf. selbst mehr Demokratie fordern. Verteidigungsminister *Benny Murdani* bemühte sich gar, in Zeitungsinterviews die chinesischen Geschehnisse zu relativieren: "Wie wir, hier - wir machen manchmal Sachen, die andere nicht verstehen können. (...) Manche Leute nennen das Mord, doch andere sehen dies als politische Frage. (...) Wir haben ein sehr gutes Warnsystem und brauchen nicht solche Grausamkeiten wie die Volksbefreiungsarmee zu begehen." Die indonesischen Beziehungen zu Australien konnten durch einen Besuch des militärischen Oberbefehlshabers, General *Try Sutrisno*, im Juli in Canberra enger gestaltet werden. Sutrisno zeigte Interesse an einer militärischen Zusammenarbeit, akzeptierte eine Einladung zur australischen Militärübung "Känguruh '89" im August, und beide Seiten erzielten in der Bewertung außenpolitischer Problemfelder, wie die zu erwartende zukünftige Rolle Indiens in der Region und die Entwicklungen in Papua-Neuguinea,

Glasnost in Indonesien?(2)

Mit der Veröffentlichung eines 18seitigen Dokuments am 5. Juni hat zum ersten Mal Staatspräsident *Suharto* in die seit Monaten währende Diskussion um seine Nachfolge eingegriffen (wir berichteten in der vorigen Ausgabe). In dem Papier kritisiert er implizit Mitglieder seines Kabinetts, die "einander widersprechende Stellungnahmen" abgegeben hätten, "welche nicht der nationalen Sicherheit dienen". Grundlage der Veröffentlichung war eine Ansprache Suhartos bei einer Sitzung des Wirtschaftskabinetts, in der er alle Regierungsmitglieder warnte, "Aussagen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu machen ... Wenn Leute jetzt beginnen, über (die Nachfolgefrage) zu reden, vergeuden sie nur ihre Zeit."

Anlaß zu Erstaunen gab jedoch, daß sich *Suharto* gleichzeitig bemüht sah, seinen Ministern (!) den Aufbau des von ihm geschaffenen Staates zu erklären. Der Umstand, daß der Präsident wenige Tage darauf, während eines Staatsbesuches in Washington, vor in den USA lebenden Landsleuten eine Rede hielt, die praktisch den Wortlaut des Dokuments wiederholte, deutet darauf hin, daß er in der Debatte um seine Nachfolge auch eine Gefährdung des Gesamtsystems der "Neuen Ordnung" sieht. In der Tat ist seit seiner Wiederwahl im März 1988 kaum ein Monat vergangen, in dem nicht irgendwelche Ereignisse und öffentliche Diskussionen die Harmoniebestrebungen des Regimes zu beeinträchtigen schienen: die "Kommunisten"-Säuberung in Behörden und in der Regierungspartei *Golkar*, Studentendemonstra-

Übereinstimmung. Angeblich soll in Kürze auch Verteidigungsminister *Benny Murdani* nach Australien kommen, und Spekulationen über einen offiziellen Staatsbesuch Präsident Suhartos erhielten neue Nahrung. In der Zwischenzeit wurde auch im Energie- und Rohstoffbereich eine Zusammenarbeit beider Länder beschlossen. Aufmerksam registrierte die *Far Eastern Economic Review*, die in der Vergangenheit ja selbst etliche Indonesien-Korrespondenten auswechseln mußte, daß die indonesischen Behörden australischen Journalisten gegenüber großzügiger zu werden beginnen. In diesem Jahr sind bis Mitte August bereits 62 Visa ausgestellt worden. Seit dem 10. April 1986 hatten sich die Beziehungen Indonesiens zur australischen Presse besonders frostig gestaltet. An jenem Tag veröffentlichte der *Sydney Morning Herald* auf seiner Titelseite einen Artikel von *David Jenkins* über die Geschäftsverbindungen der Suharto-Clique. Frisch nach der Februar-Revolution auf den Philippinen mußte der Titel - und sollte er wohl auch - der indonesischen Regierung äußerst anstößig vorkommen: "Nach Marcos: jetzt an die Suharto-Milliarden".

vgl. MDA v. 23.6.,3.8.,8.8.; FEER v. 27.7.,10.8.,17.8.; TAPOL No. 94 (Aug.)

**Weitere
außenpolitische
Meldungen in Kürze:**

- Im indonesischen Außenministerium gibt es **starke Vorbehalte gegen Singapurs Vorschlag**, den US-Truppen im Pazifik einen Stützpunkt anzubieten. Der Zeitpunkt der Diskussion sei vor allem deshalb unglücklich, weil sich Indonesien auf dem Blockfreien-Gipfel im September in Belgrad erneut um die Übernahme des Vorsitzes (jetzt ab 1992) bemühen werde.

vgl. FEER v. 24.8.

- Anfang Juni machte Präsident *Suharto* einen **Staatsbesuch in den USA**. In den Gesprächen mit Indonesiens zweitgrößtem Handelspartner spielte der sogenannte Brady- (Schuldentilgungs-) Plan der USA eine gewisse Rolle. Die indonesische Seite bedauerte, "daß Länder wie Indonesien, die pünktlich zahlen, übergangen werden" sollen.

vgl. SOAA v. Juli

- Nach Beendigung der Blockfreien-Gipfelkonferenz in Belgrad wird Präsident *Suharto* seinen **ersten Staatsbesuch in der Sowjetunion** anschließen. Dies vereinbarten am Rande der Pariser Kambodscha-Konferenz die Außenminister beider Länder, *Ali Alatas* und *Eduard Schewardnadse*.

vgl. FEER v. 17.8.; MDA v. 25.8.



... kaum ein Monat ohne "Disharmonie"

aus: Tempo v. 1.4.89, S.9

tionen, öffentlich erhobene Forderungen nach mehr Mitspracherechten des Parlaments, der Konflikt zwischen Militär und Golkar usw. (vgl. vergangene Ausgaben der SOAI). Nach Eindruck der *Far Eastern Economic Review* mehren sich Anzeichen, daß die indonesische Führung die Nachfolgediskussion auf das vermeintlich ungefährlichere Gleis einer Debatte über die Verwirklichung von mehr Wirtschaftsdemokratie umlenken will. Gleichzeitig werden verstärkt Anstrengun-

gen unternommen, muslimische Gruppen und die Jugend anzusprechen, um die soziale Plattform des politischen Konsenses zu stabilisieren und zu erweitern. Hierzu gehört die Einführung der islamischen Rechtsprechung (s. Meldung) ebenso wie die nicht zuletzt aus dieser Politik resultierenden Disziplinierungsprobleme der muslimischen Oppositionspartei *PPP*, deren Führung heillos zerstritten scheint.

vgl. FEER v. 15.6.,22.6.,17.8.,31.8.; AW v. 23.6.; SOAA v. Juli

Auf dem Weg in die Theokratie?

Eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Kompetenzen der islamischen (*Scharia*-) Gerichte in Indonesien erregt zur Zeit die Gemüter vieler. Der im Januar dem Parlament vorgelegte Entwurf aus dem Büro des Staatspräsidenten (wir berichteten bereits in SOAI 4/88) veranlaßte selbst führungstreue Mitglieder der Regierungspartei *Golkar*, Muslime und Nicht-Muslime, zu der Befürchtung, Indonesien könnte den Weg in eine Theokratie einschlagen. Besonders zwei Paragraphen des Gesetzentwurfs sind in die Kritik geraten:

§ 49 sieht vor, daß die Scharia-Gerichte volle Kompetenz in Fragen des Familienrechts für alle "indonesischen Muslime" erhalten sollen - das sind nominell immerhin 90 % der Bevölkerung. Befürchtet wird hier, daß in der Praxis das Recht der Muslimen außer Kraft gesetzt werden könnte, in Familienfragen auch zu nicht-islamischen, zivilen Gerichten zu gehen.

§ 52 sieht vor, daß Scharia-Gerichten "gesetzlich oder in Übereinstimmung mit anderen Gesetzen weitere Aufgaben und Kompetenzen übertragen werden können". Nicht-Muslime befürchten, daß unter dieser



Schülerinnen einer Islamschule in Westjava:
Demnächst ausschließlich der Scharia unterworfen ?

Foto: R. Dusik

alles- und nichtssagenden Klausel islamische Rechtsprechung auch auf sie ausgeweitet werden könnte.

Es hat jedoch den Anschein, als ob das Gesetz nicht ohne Änderungen verabschiedet werden kann. Die Streitkräfte-

Fraktion (*Abri*) im Parlament, im Versuch, Befürworter und Gegner der Vorlage auszugleichen, vertritt die Position, daß das Gesetz Bestehendes festschreiben, jedoch nichts neues hinzufügen solle. Der Fraktionsvorsitzende *Subiyono*

setzt warnend hinzu: "Wenn wir es ablehnten, ließe das auf eine Auflösung der islamischen Gerichte im Land hinaus. Und das führte zu Aufruhr." vgl. AW v. 7.7.

Weitere innenpolitische Meldungen in Kürze:

- Das **Indonesische Umweltforum (WALHI)** hat den ersten jemals in Indonesien gegen die Regierung angestregten **Zivilprozeß verloren** (wir berichteten in der vorigen Ausgabe). Gegenstand der Klage war die Betriebsgenehmigung ohne vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung für eine Zellulosefabrik in Nord-Sumatra, die nach Angaben des dortigen Distriktverwaltungschef (Bupati) *Silitonga* die örtliche Wasserversorgung der Bauern extrem verschlechtert hat. WALHI erhielt im Verfahren nicht die Möglichkeit, *Silitonga* als Zeugen vorzuladen. Nach Angaben der *FEER* soll die Muttergesellschaft der Fabrik, *PT Inti Indorayon Utama*, Verbindungen in einflußreiche Kreise besitzen. vgl. Down to Earth No. 4 (Aug.); *FEER* v. 24.8.

- Mit Wirkung zum 1. August hat die indonesische Regierung die **Vergabe von Holzeinschlags-Konzessionen gestoppt**. Mehr als hundert Konzessionärsfirmen sind mit ihren Kompensationszahlungen (für Wiederaufforstung) im Rückstand. vgl. *FEER* v. 10.8.

- Nach *UNESCO*-Angaben beträgt in Indonesien die **Analphabetenrate bei Jugendlichen** von 15-19 Jahren: in der städtischen Bevölkerung 7,0 % (weibl. Jugendl.) bzw. 3,3 % (männl. Jugendl.) und auf dem Land 19,6 % bzw. 12,2 %. vgl. *FEER* v. 13.7.

- Obwohl ihre Haftstrafen 1987 bzw. 1988 ausgelaufen sind, befinden sich **zwei politische Gefangene weiterhin in Haft**. Die

jeweils 61jährigen ehemaligen Funktionäre der Kommunistischen Partei *PKI*, *Rewang* und *Marto Suwandi*, waren zu jeweils lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Beider Strafe wurde später gerichtlich auf 20 Jahre ermäßigt. vgl. TAPOL No. 94 (Aug.)

- **Irian Jaya wird nicht aufgeteilt**. Den im Februar vom obersten Beratergremium der Regierung unterbreiteten Vorschlag, die "Problemprovinz" in drei Provinzen aufzugliedern (wir berichteten in SOAI 1/89), wies nun Innenminister *Rudini* zurück. Erzeugt werde durch solch einen Schritt nur weiterer Reibungsverlust und ein zusätzlicher Finanzbedarf für die dreifache Bürokratie. vgl. *FEER* v. 13.7.

- Bei einer größeren Militäraktion der indonesischen Armee in Irian Jaya ist ein **Guerillaführer der Bewegung Freies Papua (OPM) in Gefangenschaft geraten**. Der Oberkommandierende der zuständigen Militärregion, Gen.-Maj. *Abinowo Mukmin*, gab auf einer Pressekonzferenz weiter bekannt, daß in jüngster Vergangenheit auch wieder auf den Molukken mit der fast schon vergessenen *RMS* (Republik der Südmolukken) separatistischer Widerstand aufgebrochen sei. vgl. *FEER* v. 17.8.

Weltbank: Der kleine Finger ist ihr nicht genug

Der diesjährige *Weltbank*-Bericht über die Wirtschaftslage in Indonesien drückt gemäßigte Zufriedenheit mit den pausenlos nachgeschobenen De-regulationsmaßnahmen der indonesischen Regierung aus und konstatiert, daß sich das Land "auf einem schnellen Weg zur Erholung" befinde. Angesichts der vorläufigen Abrechnung des am 31. März abgelaufenen Haushaltsjahres 1988/89 scheint dieser Optimismus nicht unbegründet zu sein. Die Einnahmen aus den "Nicht-Erdöl"-Exporten erreichten 61 % des gesamten Ausfuhrwertes; 1982/83 hatten die Erdöl- und Erdgasexporte noch 79 % der Erlöse erwirtschaftet. Nicht zuletzt dieser Steigerung der Rohstoff- und Warenexporte, an erster Stelle Holz, gefolgt von Textilien, Kautschuk, Garnelen (*shrimps*, s. Kurzmeldung) und Kaffee (s. Nachricht dazu), ist ein Handelsbilanzüberschuß von 4,3 Mrd. US\$ geschuldet. Die Reihenfolge der "Export-schlager" - überwiegend Rohstoffe, die kaum oder nur mit geringem technologischen Aufwand bearbeitet werden - macht jedoch gleichzeitig deutlich, daß die massive Exportindustriali-

sierungspolitik der Regierung (wir berichteten mehrfach) noch nicht zum Tragen gekommen ist. Die Frage bleibt, ob sich z.B. der extreme Raubbau an den tropischen Regenwäldern Indonesiens noch bis zum Erfolg der Industrialisierungsanstrengungen durchhalten läßt. Zudem zehren diese durch den erhöhten Bedarf an Investitionsgütern zumindest mittelfristig den Handelsbilanzüberschuß wieder auf. Eine weitere Gefahr liegt in dem immensen Kapitalbedarf der indonesischen Krisenbewältigungspolitik begründet. Bereitwillig pumpen weiterhin die Mitglieder des Hilfskonsortiums für Indonesien, *IGGI* (s. Nachricht dazu), Milliarden von US-Dollar in das Land - teilweise sogar in einer nicht mehr zu bewältigenden Fülle. Zwischen 1985 und 1988 ist auf diese Weise (und durch den Verfall des US\$) die Auslandsschuld Indonesiens von 19 auf 58 Mrd. US\$ explodiert. Der Schuldendienst ist im vergangenen Haushaltsjahr erneut um 10 % auf nun 7,4 Mrd. \$ gestiegen und macht 37 % aller Exporteinnahmen aus. Trotz der erstmaligen Gewährung von "Sonderhilfe" seitens

der *IGGI*-Mitglieder überstieg damit 1988/89 der Schuldendienst erneut - wie seit 1986/87 - die Neukredite: Für 100 DM, die ins Land fließen, mußte Indonesien 115 DM ausführen, von denen knapp 70 DM der Schuldentilgung dienen. Diese Entwicklung betrachten auch *Weltbank* und *IWF* mit Sorge, rechnen aber damit, daß 1995 das Verhältnis von Schuldendienst zu Exporteinnahmen auf 24 % abgenommen haben wird. Da die Schuldenlast, auch durch Milliardenkredite der *Weltbank*, rasch weiter ansteigen wird, ist dieses Ziel nur mit einem noch größeren Tempo im Ausverkauf der Ressourcen des Landes zu erreichen. Die *Weltbank* richtet daher in ihrem Jahresbericht massive Forderungen an die indonesische Regierung: Nachdem jahrzehntelang die Selbstbereicherung der korrupten Führung aus Rücksicht auf ihre Verdienste als Kommunistenfresser geduldet worden ist, reicht den Weltwirtschaftsmanagern nun auf einmal der kleine Finger der eingeleiteten wirtschaftlichen Liberalisierung nicht mehr aus. Sie wollen die ganze Hand, das ganze Land - voll integriert in

den Weltmarkt, ausländischem Kapital offen bis zur Selbstaufgabe, durchmodernisiert. Die Hindernisse sind schnell ausgemacht: die immer noch bestehenden Restriktionen in jenen Wirtschaftsbereichen, auf die die herrschende Clique ihren Zugriff nicht preisgeben will, der überdimensionierte bürokratische Apparat, die schwerfällige Gesetzgebungsmaschinerie, das veraltete Zivil- und Wirtschaftsrecht und die Rechtsprechung. Die Bank verlangt nicht weniger als einen Umbau des Staates, zu einer Zeit, da auch innenpolitisch ähnliche Stimmen lautwerden. Und fährt man diesen, weil man's kann, weiterhin über'n Mund, sieht die Haltung der indonesischen Führung ihren Finanziers gegenüber schon weniger ein-drucksvoll aus; Präsident *Suharto* kündigte seinem Beamtenapparat Einschneidendes an: "Der Staatsbedienstete, der nur seine Befugnisse zu erhalten sucht, steht Wachstum und Entwicklung im Wege."

vgl. SOAI 3/87; AW v. 9.6.,18.8.; FEER v. 15.6.,17.8.,24.8.; SOAA v. Juli; TAPOL No. 94 (Aug.)

IGGI: Wieder über 6 Mrd. US\$ Finanzhilfe!

Bei ihrem 32. Treffen im Juni in Den Haag einigte sich die *Inter-Governmental Group on Indonesia* (*IGGI*), das multinationale Hilfskonsortium des *Suharto*-Regimes, erneut auf eine fast vollständige Finanzierung der indonesischen Entwicklungspolitik im laufenden Haushaltsjahr. Die offizielle *IGGI*-Hilfe wurde gegenüber dem Vorjahr um 7 % auf knapp 4,3 Mrd. US\$ gesteigert und übertraf damit ein weiteres Mal die Empfehlung der *Weltbank*. Von diesen Mitteln entfallen 2,17 Mrd. \$ auf multilaterale und 2,13 Mrd. \$ auf bilaterale Zusagen. Unter letzteren hat Japan mit einer Summe von 1,46 Mrd. \$ seine beherrschende Position auf dem indonesischen Schuldenmarkt weiter ausgebaut. Die Gesamthilfe der *IGGI*-Mitglieder ist um 4 % auf 6,16 Mrd. US\$ gefallen, da im Bereich der

erst im vergangenen Jahr eingeführten "Sonderhilfe" um knapp ein Viertel gekürzt wurde. Die "Sonderhilfe" in Höhe von 1,86 Mrd. \$ ist ein Trick, mit dem die Geldgeber ihre eigenen Richtlinien unterlaufen. Um Förderung für Entwicklungshilfeprojekte oder -programme zu erhalten, muß in der Regel das Empfängerland einen bestimmten Anteil an Eigenleistung nachweisen. Da Indonesien aufgrund seiner angespannten Finanzlage nicht mehr in der Lage wäre, diesen Eigenanteil aufzubringen, damit also Entwicklungsprojekte gefährdet wären, die nicht unerheblich zur Stabilität des Regimes beitragen, wurde die "Sonderhilfe" er-sonnen: "weiche" Kredite, nominell in harter Währung, doch ausgezahlt in Rupiah, die damit zur Abdeckung des "Eigenanteils" verwendet werden kön-

nen. Über 50 % der "Sonderhilfe" kommen weiterhin von der japanischen Regierung, jedoch haben in diesem Jahr sowohl *Weltbank* als auch *Asiatische Entwicklungsbank* (*ADB*) kräftig zugelegt. Bemerkenswert ist, daß unter den EG-Ländern in der *IGGI* nun Frankreich den

bisher Indonesien wohlgesonnensten Regierungen der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Niederlande bei weitem den Rang abgelaufen hat. vgl. SOAI 3/87 u. 3/88; FEER v. 29.6.; SOAA v. Juli; TAPOL No. 94 (Aug.) UCCP v. 28.6.; FEER v. 3.8.



"Willkommen Monsieur!" - Frankreich wird in Indonesien aktiver

Kaffee: Internationale Exportquotenregelung gescheitert - Indonesien frohlockt

Bei den Treffen der *Internationalen Kaffeorganisation (ICO)*, Mitte Juni und Anfang Juli, sind die Verhandlungen um neue Exportquoten der Erzeugerländer gescheitert. Für die kommenden zwei Jahre wurde die alte Regelung außer Kraft gesetzt, und ein erbarmungsloser Preiskrieg hat seitdem begonnen. Mitglieder der ICO sind Produzenten- und Konsumentenländer, die miteinander vereinbaren, welche Produktionsmengen die jeweiligen Erzeugernationen zu gestützten Preisen an ICO-Mitglieder absetzen können. Über diese Festlegung hinausgehende Produktionsmengen dürfen nur an Nicht-Mitglieder (zu i.d.R. geringeren Preisen) veräußert werden.

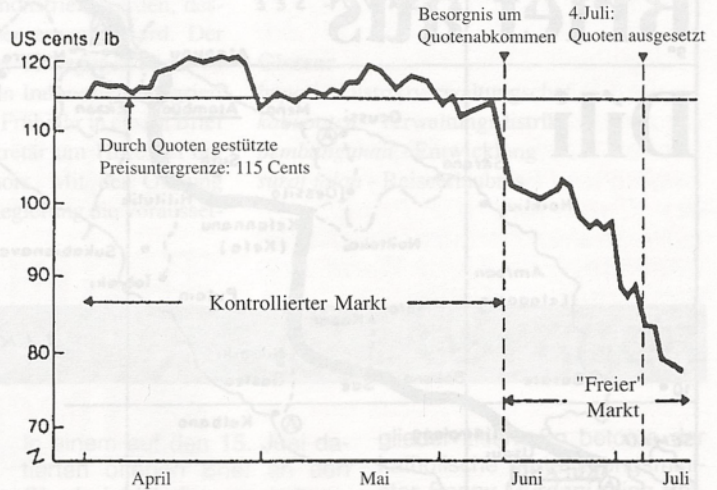
Indonesien, als weltweit drittgrößter Kaffeeproduzent (wir berichteten in der vorigen Ausgabe), war mit dem Ziel in die diesjährigen Verhandlungen gegangen, seine Quote von 160.000 t fast zu verdoppeln. Zwei vorliegenden Entwürfen, die seinen Anteil um 37,5 bzw. 56,3 % gesteigert hätten, versagte Indonesien die Zustimmung. Beide Vorschläge erreichten nicht die zur Ratifizierung notwendige Zweidrittelmehrheit der ICO-Mitglieder.

Indonesien befand sich mit seiner Verweigerungshaltung in Gesellschaft der USA, die mittelfristig auf völlige Freigabe des Marktes drängen, der von diesen beeinflussten Erzeuger Costa Rica, Honduras, Mexiko und Peru und der Großverbraucher Australien, Großbritannien, Japan und Kanada. Opfer des "freien" Marktes werden vor allem die afrikanischen Produzenten sein, deren Selbstkosten bei 1 US\$ je (amerik.) Pfd. liegen.

Trotz des Preisverfalls auf unter 80 USCTs je Pfd. und der damit verbundenen Einbuße bei den Exporteinnahmen, begrüßt die indonesische Regierung das Scheitern der ICO-Sitzungen. Die Selbstkosten im Land gehören zu den niedrigsten weltweit, und so hofft man, in der Zeit der ausgesetzten Quotenregelung seinen Marktanteil deutlich ausbauen und in zwei Jahren gestärkt in die neuen Verhandlungen gehen zu können. Hindernis auf diesem Weg der Marktausweitung dürfte die bekannt schlechte Qualität des indonesischen Kaffees sein. Zudem wird zu 95 % die nur in Instantkaffee verwendbare, bittere *Robusta*-Sorte produziert, während in den großen Ver-

Zusammenbruch des Kaffeepreises

Durchschnittlicher Tagespreis auf dem Weltmarkt nach ICO-Angaben



aus: South, Sep., S.27

braucherländern USA und EG die mildere *Arabica*-Sorte bevorzugt wird. Der *Arabica*-Anbau soll daher in Zukunft verstärkt gefördert werden.

Immer größere Bedeutung für die indonesische Exportpolitik erlangt damit das besetzte Osttimor: Bereits unter portugiesischer Kolonialherrschaft wurde hier einer der weltbesten *Arabica*-Kaffees produziert. Osttimor dürfte zur Zeit knapp die Hälfte

der indonesischen *Arabica*-Ernte einbringen, und seine Kaffeeproduktion hat (nach Berechnungen der SOA-Instelle) dem indonesischen Staat seit der Annexion Einnahmen in Höhe von 230-250 Mio. US\$ erwirtschaftet. 1987/88 war die Bundesrepublik Deutschland Indonesiens drittgrößter Kaffeeabnehmer.

vgl. FEER v. 20.7.,10.8.; SOUTH v. Sep.

Weitere Wirtschaftsmeldungen in Kürze:

- Die indonesische Regierung hat sich **endgültig für den Bau eines Atomreaktors auf Java entschieden**. Angebote multinationaler Unternehmen, u.a. von *Siemens/KWU* (vgl. SOA 3/87), liegen seit Jahren vor. Geplanter Standort auf der mit 100 Mio. Menschen etwa halb so dicht wie das Ruhrgebiet besiedelten, erdbeben- und vulkangefährdeten Insel bleibt der Fuß des Berg Muryo (Muria), in der Nähe der Stadt Jepara, im Norden Zentral-Javas.

vgl. SOAA v. Juli (noch entgegenlautend!); Down to Earth No. 4 (Aug.); FEER v. 24.8.

- Zum **Vizepräsidenten des neugegründeten Asiatischen Energieinstituts** wurde *Dr. Saswinadi Sasmojo* aus Indonesien gewählt. Ziel des von elf Ländern ins Leben gerufene Instituts ist ihre engere Zusammenarbeit im Energiesektor.

vgl. MDA v. 22.8.

- An der Westküste Maduras sind **Hunderte von Hektar Mangrovenwald der Einrichtung von Garnelenfarmen zum Opfer gefallen**. Indonesien hat zur weiteren Steigerung seines Garnelenexports von der *Asiatischen Entwicklungsbank (ADB)* einen Kredit in Höhe von 38 Mio. US\$ erhalten.



Bei teuren Technologien (wie AKW's) in Indonesien immer dabei: Siemens

aus: Military Technology Nr.7/86 - "High Tech in Indonesia"